

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

An die Adressaten gemäss Verteiler

Luzern, 13. Mai 2025

Revision des Stimmrechtsgesetzes - Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat hat das Justiz- und Sicherheitsdepartement ermächtigt, den Entwurf einer Änderung des Stimmrechtsgesetzes in die Vernehmlassung zu geben.

Politische Rechte sind ein zentraler Pfeiler einer Demokratie: Stimmberechtigte, politische Parteien, Kandidierende und andere Gruppierungen sollen diese möglichst einfach und uneingeschränkt wahrnehmen können. Dafür ist ein zeitgemässes Stimmrechtsgesetz unabdingbar. Deshalb soll der Kanton Luzern sein Stimmrechtsgesetz von 1988 aktualisieren. Das Gesetz soll an die heutigen Anforderungen, die das übergeordnete Recht und die Praxis stellen, angepasst werden. Dabei sollen insbesondere auch die Organisation und der Ablauf der Wahlen vereinfacht sowie die digitalen Möglichkeiten genutzt werden.

Gerne laden wir Sie ein, über das Online-Tool «E-Mitwirkung» zum Entwurf Stellung zu nehmen. Den elektronischen Zugang sowie die Vernehmlassungsunterlagen finden Sie im Internet unter folgendem Link: www.lu.ch/vernehmlassung?ID=420

Bitte senden Sie uns Ihre Stellungnahme bis spätestens am **22. August 2025** mittels Online-Tool. Neben Rückmeldungen zu den Gesetzesbestimmungen kann auch eine allgemeine Würdigung direkt im Online-Tool erfolgen. Die Einsendung eines PDF- oder Worddokuments ist nicht mehr nötig.

Wir danken Ihnen für Ihre wertvolle Mitarbeit.

Freundliche Grüsse



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin

Verzeichnis der auf dem Internet verfügbaren Vernehmlassungsunterlagen

- Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf
- Gesetzesentwurf Stimmrechtsgesetz
- Synopse

Verteiler

- Politische Parteien
- Einwohnergemeinden
- Demokratische Jurist*innen Luzern
- Luzerner Anwaltsverband
- Verband Luzerner Gemeinden
- Gemeindeschreiber- und Geschäftsführerverband Luzern

- Kantonsgericht
- Departemente und Staatskanzlei
- Kantonale Beauftragte für Datenschutz